

Inklusion gescheitert!

Unsere Befürchtungen, dass die Inklusion in NRW die großen idealistischen Erwartungen nicht erfüllen würde, haben sich leider bestätigt.

Bereits zu Beginn der Inklusionseuphorie hat fidel die Konzeptionslosigkeit des Schulministeriums kritisiert und davor gewarnt, dass eine unterfinanzierte Inklusion scheitern wird.

Das ist nun eingetreten.

Die Beschäftigten arbeiten am Rande ihrer Kräfte. Auf Personalversammlungen ist die bittere Enttäuschung der Kolleginnen und Kollegen zu erleben, die ständig mit einem schlechten Gewissen zur Schule gehen, weil sie den tagtäglichen Anforderungen der Inklusion nicht gerecht werden können.

Wir konstatieren folgende Missstände:

- Lehrerinnen und Lehrer werden permanent überfordert.
- Schulleitungen werden mit den Aufgaben im Stich gelassen.
- Bezirksregierungen reagieren ratlos und hilflos.
- Schülerinnen und Schüler werden nicht mehr angemessen gefördert.
- Eltern melden ihre Förderkinder bereits wieder von den Inklusionsschulen ab.

Die Landesregierung hat total versagt:

- Die Ressourcen wurden gekürzt und sind völlig defizitär.
- Land und Kommunen streiten vor dem Verfassungsgerichtshof über die Finanzierung der Inklusion.
- Die Schulministerin brüstet sich mit steigenden Inklusionsquoten, überlässt aber den qualitativen Ausbau den unterfinanzierten und überlasteten Schulen.
- Die vielgepriesene „Politik der Ermöglichung“ ist in Wirklichkeit eine armselige „Politik der Vernachlässigung“.

Wir stellen fest, dass das Schulministerium die Bedingungen, die für das Gelingen der Inklusion dringend erforderlich sind, nicht ansatzweise erfüllt. Das ist ein Skandal!

Das Schulministerium setzt darauf, dass der Mangel dauerhaft auf dem Rücken der Beschäftigten und der Kinder und Jugendlichen ausgetragen wird. Das ist unerhört!

Alle Versuche der Beschäftigten, auch von Gewerkschaft und Verbänden, das Schulministerium zu einem Einlenken zu bewegen, sind gescheitert.

Wir fordern die Einhaltung von Recht und Gesetz!

*Die Schulaufsichtsbehörde richtet Gemeinsames Lernen mit Zustimmung des Schulträgers an einer allgemeinen Schule ein, es sei denn, die Schule ist dafür personell und sächlich nicht ausgestattet und kann auch nicht mit vertretbarem Aufwand dafür ausgestattet werden. **SchulG § 20 (5)***

Warum ignorieren die Bezirksregierungen die Gesetzeslage ständig?

Weg mit der Spar-Inklusion!

Das Schulministerium schafft es nicht, die dringend notwendigen Rahmenbedingungen für die Inklusion an den Schulen bereitzustellen.

Trotzdem öffnen Schulaufsicht und Schulträger immer neue Angebote des Gemeinsamen Lernens, obwohl die Ressourcen an den Standorten fehlen.

Dies führt zu einer dauerhaften Mehrbelastung der Kolleginnen und Kollegen mit drastischen Folgen für ihre Gesundheit. Gleichzeitig sinkt das Niveau der Förderung aller Kinder und Jugendlichen, deren Zukunftschancen verbaut werden.

Dagegen protestieren wir entschieden!

Wir fordern:

- **Keine Inklusion an den Schulen ohne angemessene Ausstattung mit den notwendigen personellen und sächlichen Ressourcen.**
- **Kein weiterer Ausbau der Inklusion als Sparmodell.**

Wir kritisieren entschieden die Ressourcenzuweisung nach dem statischen und kollektiv verwalteten Verteilungstopf des Stellenbudgets.

Das Stellenbudget ist eine Fehlkonstruktion, die Förderbedarfe verschleiert, Ressourcen fehlleitet und zu Verteilungskämpfen zwischen Schulen und Schulformen führt.

Dieses Modell muss durch eine bedarfsorientierte, individuelle Ressourcenzuweisung ersetzt werden und zwar auf der Basis einer Analyse des bestehenden Förderbedarfs, die den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler gerecht wird.

Es macht keinen Sinn, auf die Feststellung des Förderbedarfs zu verzichten, um Schülerinnen und Schüler nicht zu etikettieren. Vielmehr muss man den Förderbedarf der einzelnen Kinder und Jugendlichen kennen, um diese gezielt fördern zu können.

Individuelle Förderung erfordert diagnostische Verfahren, die **alle** Schülerinnen und Schüler einer Lerngruppe berücksichtigt. Dadurch wird niemand stigmatisiert, aber das gesamte Ausmaß der versteckten Inklusion offengelegt.

Deshalb fordern wir:

- **Feststellung des Förderbedarfs aller Schülerinnen und Schüler.**
- **Zuweisung der Ressourcen nach dem festgestellten Förderbedarf.**

Name	Schule/Ort	Unterschrift